

presse

Managergehälter: Koalition zieht falsche Schlüsse

Zu den Äußerungen von Norbert Lammert zu Managergehältern erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Joachim Poß:

Wenn Herr Lammert auf negative Folgen für die soziale Balance durch ausufernd hohe Managerbezüge hinweist, ist ihm voll und ganz zuzustimmen. Leider zieht die Koalition aus dieser Feststellung die falschen Schlüsse. Denn mit der Verlagerung der Entscheidung über die Höhe von Managergehältern vom Aufsichtsrat in die Hauptversammlung macht die schwarz-gelbe Koalition den Bock zum Gärtner. Die Hauptversammlungen sind keine demokratischen Bürgerversammlungen, sondern werden oft von institutionellen Anlegern, wie Hedgefonds dominiert, die selbst Treiber des perversen Boni- und Bezahlsystems sind. Ob diese Anteilseigner ein Interesse an langfristigem Unternehmenserfolg haben, ist nicht garantiert. Und ganz nebenbei wird der Einfluss der Arbeitnehmerschaft ausgehebelt.

Es ist sinnvoller, den Aufsichtsräten stärkere Begründungspflichten von exorbitanten Managergehältern aufzuerlegen und sie auf die Festsetzung einer Relation von Durchschnittseinkommen und Vorstandsgehalt zu verpflichten. Zudem muss die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern begrenzt werden.